

Die falsche Rechnung der Staatsanwaltschaft

Urteil für einen Sozialhilfebetrüger, Waffenschieber und Drogenhändler muss ausgesetzt werden

Von Daniel Wahl

Muttentz/Allschwil. Wie bloss kommt ein türkischer Sozialhilfebezügler zu einem Auto und über 1,5 Kilogramm Marihuana, das er teilweise fein säuberlich abgepackt hatte? Als die Polizei – nach dem sie die Drogen im Rahmen einer Verkehrskontrolle konfiszieren konnte – eine Hausdurchsuchung in Allschwil startete, tat sich der Abgrund auf: Sozialhilfebetrug, Drogenhandel, Pfändungsbetrug, Waffenschleberei. Die zur Anklage gebrachten Delikte fanden in den Jahren 2007 bis 2009 statt. Gestern endlich brachte der Baselbieter Justizapparat den Mann vor Gericht.

Nach den Jahren der Verzögerung einigten sich der 40-jährige Täter wie auch die leitende Staatsanwältin Anne-Kathrin Goldmann auf ein sogenanntes

abgekürztes Verfahren: Das Urteil (18 Monate bedingt, Rückzahlung von rund 70 000 Franken Deliktsumme plus Untersuchungs- und Verfahrenskosten von 14 000 Franken plus Gerichtskosten) ist ausgehandelt, der Sachverhalt, wie ihn die Staatsanwaltschaft dem Mann zur Last legt, akzeptiert. Man wollte «den Fall endlich vom Tisch» haben, wie im Gerichtssaal mehrfach gesagt wurde.

Fehlerhafte Deliktsumme

Gelungen ist das nicht, weil die Staatsanwaltschaft unsauber gearbeitet und die Deliktsumme falsch berechnet hat. Das ist dem Gerichtsvizepräsidenten bei der Durchsicht der Aufstellung aufgefallen. Man hat dem Täter rund zehn Prozent der Deliktsumme zu viel berechnet. In einem «unorthodoxen

Akt», wie Gerichtspräsidentin Jacqueline Kiss sagte, hat das Gericht nach einer kurzen Verhandlungspause den Fall nicht zurückgewiesen, sondern sistiert und die Staatsanwältin eindringlich gebeten, die Aufstellung noch vor Weihnachten zu bereinigen, damit der Fall abgeschlossen werden kann. «Auch wenn ein abgekürztes Verfahren ausgehandelt wird – rechtsstaatlich muss es trotzdem bleiben», sagte Kiss.

Im Gerichtssaal wollte sich der Türke trotz umfassenden Geständnisses, er sei betrügerisch vorgegangen, besser darstellen. Er sei doch kein Betrüger, er habe schlicht überlesen, dass er finanzielle Änderungen der Sozialhilfe melden müsse. Kiss drohte darauf, das abgekürzte Verfahren abzusetzen und ein ordentliches Gerichtsverfahren durchzuführen, worauf die

Verteidigung die Worte des Angeklagten relativierte. Jedenfalls hat der Türke über mehrere Jahre nicht deklariert, dass er Gewinne aus Auto- und Motorradhandel zieht. Diverse Vermögenswerte verheimlichte er vor dem Pfändungsbeamten, unter anderem auch diverse Pistolen. Solche Waffen brachte er über den Balkan in sein Heimatland und versties damit gegen das Waffen- und das Kriegsmaterialgesetz.

Auto fahrender Sozialhilfebezügler

Je vertiefter man sich mit dem Fall beschäftigt, desto mehr Fragen tun sich auf: Wie kann ein Sozialhilfebezügler Autos einlösen, ohne dass bei den Behörden entsprechende Rückfragen entstehen, oder dass der Führerschein eingezogen wird? In der Anklageschrift heisst es lapidar: «Den Sozialen Diens-

ten Allschwil wäre es nicht oder nur mit besonderer Mühe möglich gewesen zu überprüfen, ob der Beschuldigte tatsächlich Nebeneinkünfte und Vermögenswerte verschwiegen hatte.»

Zudem muss für Staatsanwältin Goldmann die Untersuchung zeitraubend und anspruchsvoll gewesen sein: «Die Rechnungslegung der Sozialhilfe war kompliziert, uns lagen etwa drei Varianten vor. Wir haben uns auf eine geeinigt», beklagt sie den Transparenzmangel in der Allschwiler Sozialhilfe.

Wie viele Autos der Delinquent in den Jahren 2007 bis 2009 gehandelt hat, war ebenso wenig zu beweisen. Goldmann musste sich auf die Angaben des Türken verlassen, die angeklagte Deliktsumme beruht auf Schätzungen.

Seit 2009 arbeitet der Mann als Geschäftsführer eines Hotels im Birstal.

Hauchdünner Entscheid

Nuglar-St. Pantaleon will keinen Bauschutt und Aushub

Von Daniel Aenishänslin

Nuglar-St. Pantaleon. Der Vorsprung war letztlich hauchdünn. Ein Stimmbürger enthielt sich, 124 folgten dem Antrag des Gemeinderates, 125 aber sagten Nein. Die Gemeindeversammlung von Nuglar-St. Pantaleon lehnte es in geheimer Abstimmung ab, die ehemalige Deponie «Gründli» in St. Pantaleon zu einer sogenannten Sauberhubdeponie zu machen. Betrieben hätte diese die Surer AG, die sich im Bereich Kipper-Transporte einen Namen gemacht hat.

Gleichzeitig hätte sich Letztere um den Steinbruch Lusenberg gekümmert. Dieser muss wieder aufgefüllt werden. Eine Sanierung gehe «in die Millionen», sagte Gemeinderat Thomas Giger. Dürfe jedoch Surer übernehmen, generierte die Gemeinde aus beiden entstehenden Deponie-Perimetern 4,2 Millionen Franken. «Wenn der neue Finanzausgleich kommt, stopft dieser Betrag gerade das entstehende Loch», so Giger, «andernfalls müssen wir wohl um drei Steuerprozente rauf.»

Egal war das Daniel Mäder. «Wir sind nicht wegen eines tiefen Steuersatzes hergezogen», sagte er, «mir geht es um Landschaft und Lebensqualität.» Die Lebensqualität würde über einige Jahre eingeschränkt. Darüber waren sich alle einig in der Mehrzweckhalle von Nuglar.

Wer in der Nähe der Deponien lebt, würde sich mit dem Lärm der Transporter abfinden müssen. Voraussichtlich während 15 bis 20 Jahren im Gebiet Lusenberg und fünf bis zehn Jahren im Gebiet Gründli. Bis zu 14 Lastwagenfahrten pro Tag standen zur Debatte. Silvan Heutschi warnte, es würden von Frühling bis Herbst eher 50 Fuhren täglich zu bewältigen sein, denn Deponien würden immer rarer. Die Folge: Aus der ganzen Region käme der Abfall ins Dorf.

Kehricht überdecken

Thematisiert wurde ebenso das Material, das heute im Gründli lagert. Zwischen 1960 und 1977 wurden Abbruchmaterial, Hauskehricht und Industrieabfälle deponiert. Gemeinderat Daniel Baumann erklärte, «eine Auswaschung der Materialien hat bereits stattgefunden». Deshalb könne nun problemlos sauberer Bauschutt darübergeschichtet werden. Es sei «total unvernünftig», die Altlasten abzutragen, da mit «sehr grosser Wahrscheinlichkeit» keine Gefahren mehr bestehen würden.

Marcel Salomon gab zu bedenken, es käme die Gemeinde enorm teuer zu stehen, sollten trotzdem giftige Emissionen stattfinden – und dann doch alles ausgegoben werden müssen. «Nach uns die Sintflut», kommentierte er. Einer der wenigen Redner, die das Projekt des Gemeinderats stützten, war Ulf Martin: «Die Altlasten gehören weg von der Oberfläche, wir sind damit schon 30 Jahre zu spät dran.» Sollte sich aber etwas im Gründli bewegen, werden wohl noch ein paar weitere Jahre ins Land ziehen.

Liestaler «Lichtblicke» für Kultur-Nachtschwärmer

Zehn-Jahr-Jubiläum für die Baselbieter Antwort auf die Basler Museumsnacht



Die Qual der Wahl. Das Clowntheater Sensibellas in der katholischen Kirche ist einer der unzähligen Programmpunkte der Liestaler Kulturnacht.

Von Tanja Bangerter

Liestal. Was vor zehn Jahren als Idee dreier Liestaler Kulturveranstalter begann, feiert heute Abend sein zehnjähriges Bestehen. An 32 Standorten bietet die Kulturnacht «Lichtblicke» einer Vielzahl generationenübergreifender Programmpunkte und Künste eine Plattform. Die Baselbieter Antwort auf die städtische Museumsnacht beginnt zum ersten Mal mit dem Einschalten der Weihnachtsbeleuchtung und endet mit einer Feuerschau im Kulturraum Ziegelhof.

«Von wegen in Liestal ist nichts los», sagt Lukas Ott. Für den Stadtpräsidenten

ist die Kulturnacht ein Zeichen des reichhaltigen Kulturlebens Liestals. Und zugleich eine Gesamtschau des kulturellen Schaffens der Region. «Ich werde mich treiben lassen», sagt Ott. Entgehen lassen wolle er sich die Kulturnacht keinesfalls, zumal die Stadt «Lichtblicke» mit einem namhaften Beitrag unterstütze. «Sie ist einer der Höhepunkte im Kulturkalender der Stadt.»

Angefangen hat alles mit der Idee, die Kulturhäuser an einem Abend für einige Stunden mit einem speziellem Programm zu öffnen, erinnert sich Mitinitiantin Karin Gensetter. In den letzten Jahren sind zum Theater Palazzo, dem Dichter- und Stadtmuseum und

der Kulturscheune diverse Galerien, Kunstschaffende und das Hanro-Areal dazugekommen. «Es ist eine Erfolgsgeschichte», betont die heutige Co-Präsidentin. Und ein Ort, um Entdeckungen zu machen, Neues zu präsentieren.

Für unter 25-Jährige gratis

«Wir sind zu einer Plattform für regionale Nachwuchskünstler geworden», betont auch Organisatorin Yvonne Guldimann. «Etliche Programmpunkte sind speziell auf die jungen Besucher zugeschnitten», betont die freischaffende Künstlerin. Die Jugendtreffpunkte seien deshalb bewusst einbezogen worden.

«Das Spektrum des Kunstschaffens soll dort gezeigt werden, wo Kunst auch sonst stattfindet», betont Guldimann. Im Hanro-Areal sind Ateliers offen, Kunsthäuser zeigen ihre Ausstellungen und im Dichter- und Stadtmuseum wird dank dem früheren The-Glue-Mitglied Maurice Fleury tatsächlich gedichtet.

Im Stundentakt beginnen die jeweils etwa halbstündigen Programmpunkte. Die Besucher können sich dabei aktiv kreativ betätigen oder aber sie werden Zeugen von Schaffensprozessen regionaler Künstler. In der Galerie Biermann inspiriert die Inhaberin mit Live Painting und im Hanro-Areal wird traditionelle Malkunst zu digitaler Leinwand-Performance. Dort kann zudem zum Sound des Rock-Sextetts Back To nach halb zehn ausgespannt werden.

Der für alle Veranstaltungen gültige Kulturpass kostet 20 Franken, für bis 25-Jährige sind die «Lichtblicke» gratis. www.lichtblicke-liestal.ch

Die Mutter pflegen, bis es nicht mehr geht

Pflegende Angehörige sprechen über ihren «Einsatz am Limit» und warum sie sich keine Hilfe holen

Von Joël Hoffmann

Münchenstein. Diskutiert die Politik über Pflege im Alter, geht es in der Regel ums Geld. Pflege zu Hause wird von Kanton und Gemeinden propagiert – das sei günstiger als ein Heim und die Betagten würden sowieso lieber möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben. Was aber bisher kaum im Bewusstsein der Politik Niederschlag gefunden hat, sind die Angehörigen. Diese kommen bei der Pflege ihrer Eltern oft ans Limit.

Ihnen widmete die Spitex Birseck erstmals ein Podium. Sie sprachen am Mittwochabend im Kuspo in Münchenstein über ihre Probleme. Der Titel der Veranstaltung: «Im Einsatz bis ans Limit». Das Thema sei ein gesellschaftliches Tabu, wie Münchensteins Gemeinderätin Heidi Frei sagte. Vera Zill und Greta Steinmauer brachen das Tabu und erzählten offen über die Pflege ihrer Liebsten. Die heute 72-jährige Zill pflegte ihre Mutter, die vor 15 Jahren gestorben ist. Nach deren Tod erkrankte ihr Vater, den sie ebenfalls zwei Monate

pflegte, bis auch er verstorben ist. Die 74-jährige Steinmauer pflegte 20 Jahre lang ihre Mutter und zwei Jahre lang ihren krebserkrankten Ehemann, der vor sieben Jahren verstarb.

Beide Frauen betonten, dass die Pflege ihrer Angehörigen für sie selbstverständlich war. Es begann harmlos mit Unterstützung beim Anziehen und wurde jedoch immer zeitaufwendiger, anspruchsvoller und psychisch belastender. Sie seien immer wieder über ihrem Limit gewesen, sagten sie. Hilfe hätten sie aber keine geholt, weil sie dachten, «ich kann das selber», oder weil sie dies als «persönliche Niederlage» empfunden hätten.

Gemeinden tun zu wenig

Doch auch mit Hilfe, etwa durch die Spitex, bleibt die Belastung gross: So seien die Betagten kritisch gegenüber fremden Pflegenden, wollten lieber, dass die Tochter pflegt, so Steinmauer. «Für was hat man den sonst Töchter», habe ihre Mutter einmal zu ihren Freundinnen gesagt. Da fühlte sich die pflegende Tochter ausgenutzt. Es sei ambi-

valent: Verwandte und Freunde loben einen, weil man Mutter und Vater so gut pflege. Gleichzeitig erhöhe dies den Druck, dass man nicht zugeben möchte, dass man nicht mehr mag.

Zills Ehemann fühlte sich von seiner Frau vernachlässigt, weil sie sich in so hohem Masse um den Vater kümmerte. Pflege ist also immer auch etwas, das die ganze Familie und das Umfeld betrifft. Wichtig sei, so die Anwesenden, dass alle zusammen – Spitex, Betagte und Angehörige – bereits früh besprechen, wie die Pflege einst aussehen soll.

Politisch gesehen würden die Gemeinden noch zu wenig tun, sagt Gemeinderätin Frei. Mehr und mehr Kommunen konzipieren gegenwärtig Altersleitbilder. Die erste Aufgabe der Gemeinden liege darin, all die Altersangebote zu koordinieren, damit die Behörden hilfesuchenden Angehörigen Tipps geben könnten.

Fazit der Veranstaltung: Wer seine Angehörigen pflegt, sollte seine Grenzen erkennen und sich nicht scheuen, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Nachrichten

«Starke Schule» kritisiert Bildungsrat

Liestal. Der Baselbieter Bildungsrat steht grundsätzlich hinter dem Lehrplan 21. Wie er gestern mitteilte, werde der Lehrplan im Kanton Baselland für die Primarstufe 2015/2016 und für die Sekundarschule 2018/2019 eingeführt – mit kantonalen Anpassungen und Ergänzungen. Bei der Primar seien dies ergänzende Orientierungspunkte zum Übertritt vom Kindergarten in die Primar, bei der Sek die Differenzierung der drei Leistungsniveaus mit den entsprechenden Zielsetzungen pro Schuljahr. Das Komitee Starke Schule Baselland tadelt den Bildungsrat für den Entscheid. Er kaufe die Katze im Satz, da etliche Fragen unklar seien, und ignoriere damit die Bedenken der «überwiegenden Mehrheit» der Lehrpersonen der Sekstufe 1, welche sich nicht als Coaches und Generalisten, sondern als Fachpersonen verstehen würden. Die «Starke Schule» fordert eine zügige Behandlung ihrer parlamentarischen Initiativen, um «diesen Spuk auf Gesetzesebene zu beenden».

2311 Unterschriften für zwei Standesstimmen

Liestal. Hans Rudolf Gysins Regio-Stärkungs-Initiative ist mit 2311 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Im gestrigen Amtsblatt wird der formulierten Verfassungsinitiative die Gültigkeit attestiert. Diese verpflichtet die kantonalen Behörden, darauf hinzuwirken, dass Baselland und Basel-Stadt zu Vollkantonen aufgewertet werden und damit je zwei Ständeräte erhalten.

Reinach Gemeinderat reagiert auf BaZ-Kritik

Reinach. In einer Medienmitteilung betont Reinach Gemeinderat, dass er das Postulat zur InterGGA ernst nehmen wolle. Die BaZ hatte den Gemeinderat kritisiert, weil er an der letzten Einwohnerratssitzung vom Montag das Postulat der SVP bezüglich Ausstieg aus der InterGGA zwar entgegennahm, aber am selben Abend per Medienmitteilung kundtat, dass man an der InterGGA sicher festhalte. Der Gemeinderat will nun bereits im Januar den Bericht zum Postulat vorlegen.

Schlamm verbrennen gegen den Gestank

Pratteln. Die ARA Rhein kündigt gegen den immer wieder auftretenden Gestank weitere Massnahmen an. Nachdem es in den Schlammteindickern zu starkem Wachstum von Faulschwämmen gekommen sei, würden diese Anlagenteile in die Desinfektion miteinbezogen. Dafür müsse vermehrt Schlamm verbrannt werden, dies geschehe bis auf Weiteres bei einer externen Verbrennungsanlage. Die zusätzlichen Massnahmen zur Eliminierung der Faulgase sind in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz und Energie erarbeitet worden.